Schenck, Senator Sherman, Senator Williams und anderen Senatoren, die alle erklärten, die Absicht des Gesetzes sei keineswegs, Mr. Stanton im Amte zu halten. Er verlas diese Auszüge nicht als Ausdruck einer individuellen Meinung, sondern als Erläuterungen zu dem Bericht des Conferenz Committees.

Judge Curtis argumentirte dann weiter, daß eine Absetzung gar nicht vorliege, da Mr. Stanton sein Amt nicht aufgab: wenn aber selbst eine Absetzung stattgefunden hätte, so würde damit doch keine Verletzung des Amtsdauer Gesetzes vorliegen, da die Bestimmungen desselben keinen Bezug auf Mr. Stanton haben.

Die Anklage warf dem Präsidenten eine absichtliche Verletzung dieser Section vor, die doch unzweifelhaft verschiedene Auslegungen zulasse; die Manager hätten aber nicht bewiesen, daß der Präsident die Auslegung des Hauses anerkannte und dann hinterher versetzte. Der Präsident habe, wie die Constitution vorschreibt, die Mitglieder seines Cabinets um Rath gefragt und nach diesem Rathschlag gehandelt. Mehr könne man nach seinem Amtseide, die Constitution aufrecht halten zu wollen, nicht von ihm verlangen. Sei ein Gesetz unklar und die Auslegung des Präsidenten eine irrige, so könne man ihn doch wegen einer bloßen Meinungsirrung nicht „impeachen," und noch weniger dürfe man dies wegen des Irrthums Anderer thun.

Die Angelegenheit von Mr. Stanton falle unter das Gesetz von 1787, welches, ohne dem Präsidenten ausdrücklich die Befugniß der Amtsentsetzung zu geben, dies dennoch thatsächlich thue, indem es vorschreibe was der Präsident nach der Amtsentsetzung zu thun hat. Die Entscheidung des Congresses in 1789 bestätige dies und auch die Gewohnheit der Regierung stimme damit überein. Bei Ausbruch des Bürgerkrieges habe Mr. Lincoln den Kriegssekretär Lloyd aufgefordert zu resigniren, und dieser habe zu viel gesunden Menschenverstand und etwas Anderes besessen, um es nicht zu thun.

Nirgends schreibe die Constitution vor, daß der Präsident den Senat bei Amtsentsetzungen zu Rathe ziehen müsse; sie bestimmte nur, daß er in zweifelhaften Fällen die Mitglieder seines Cabinets zu Rathe ziehe und dann handeln solle ohne auf den Senat zu warten.

Der Präsident habe übrigens nur die ganze Angelegenheit zu einer gerichtlichen Entscheidung bringen wollen. Wenn ein „Trustee" das Recht habe, gegen ein Gesetz, welches er für unconstitutionell hält, und welches seinen Pflegebefohlenen Schaden bringt, die Hülfe der Gerichtshöfe anzurufen, wie viel mehr stehe ein solches Recht dem Präsidenten als „Trustee" des ganzen Volkes zu?

Es komme dabei gar nicht darauf an, ob er die Rechte welche er gegen Angriffe des Congresses behaupten will, aus direkten oder indirekten Bestimmungen der Constitution ableite. Der Congreß könne sein Recht, die Jurisdiktion der Supreme Conrt zu beschränken, ebenfalls nur auf indirekte Bestimmungen der Constitution begründen.

Der Präsident hatte dafür, daß die Constitution ihm das Recht verleihe Beamte abzusetzen, und die Erklärungen, welche Madison in der Debatte über die Constitution abgab, bestätigen diese Ansicht. Diese Auslegung der Constitution durch Zeitgenossen habe viel mehr Gewicht, als die neueren Auslegungen.

Uebrigens hätten die Manager selbst anerkannt, daß der Präsident nicht angeklagt werden kann, weil er die Amtsdauerbill für unconstitutionel hielt, oder weil er eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeiführen wollte, denn die Anklage gibt zu, daß wenn der Ton der Botschaft, in welchem er die Absetzung Stantons anzeigte, nicht so trotzig gewesen wäre, Niemand das „Impeachment" verlangt haben würde. Mit anderen Worten sei also sein ganzes Vergehen der angeblich trotzige Ton seiner Botschaft.

Washington, 10. April. Als heute die Verhandlungen des Impeachment Gerichts eröffnet wurden, waren nur wenige Senatoren auf der Flur und nur wenige Zuschauer auf den Gallerien. Nicht mehr als ein Dutzend Mitglieder des Repräsentantenhauses folgten heute den Sachwaltern in die Senatskammer.

Mr. Curtis setzte seine Vertheidigung fort und verlas den Brief des Präsidenten an den Finanzsekretär über die Suspendirung Mr. Stanton's; er behauptete, daß der Präsident wohl angebe, unter welcher Autorität dieselbe erfolgte.

In Betreff des zweiten Artikels argumentirte Mr. Curtis, daß Mr. Stanton nicht unter die Sect. komme, die angeblich verletzt wurde. Die 3. Sect. beziehe sich nur auf Vakanzen, welche durch Tod oder Rücktritt vom Amte veranlaßt wurden, und die in Sect. 4 vorgeschriebenen Strafen hätten lediglich auf Verletzungen der 3. Sect. Bezug. Der Hauptpunkt dieses Anklage-Artikels sei, daß die Vollmacht ohne gesetzliche Befugniß ertheilt wurde. Die Akte von 1795—welche Mr. Curtis verlas—beziehe sich auf Vakanzen jeder Art, während die Akte vom Februar 1863 sich nur auf Vakanzen beziehe, die aus Krankheit und zeitweiliger Unfähigkeit entstanden, und nur insoweit die erstere aufhebe. Mr. Curtis führte als Beleg für die häufig entstehende Nothwendigkeit sofortigen Handelns Präsident Buchanans Ernennung von Mr. Holt an Stelle von Mr. Floyd an, und behauptete, es sei nicht nur die gleichmäßige Gewohnheit jeder Executive gewesen, Vakanzen zu besetzen, sobald sie vorkämen, sondern das Gesetz von 1792 und andere autorisirten ausdrücklich hierzu, einerlei ob der Senat in Sitzung sei oder nicht. Damit wäre aber der dritte Artikel widerlegt, welcher behaupte, daß die Designirung von Gen. Thomas zum Kriegssekretär ad interim gegen die Constitution erfolgte.

Der 8. Artikel, behauptete Mr. Curtis, sei durch seine Erwiederung auf den 5ten widerlegt.

Hinsichtlich des 4. Artikels erklärte Mr. Curtis, die Anklage, daß Gen. Thomas ohne Rath und Zustimmung des Senats ernannt sei, wäre um deshalb hinfällig, weil gar keine Ernennung stattfand. Eine einfache Commission ad interim sei keine solche. Die Vakanz habe vorgelegen, sobald Mr. Stanton die Order des Präsidenten erhielt, und der Präsident fertigte die Commission für Gen. Thomas aus, um diese Vakanz zu besetzen.

Indem er seine Argumente dann noch einmal kurz zusammenfaßte, behauptete Mr. Curtis nachgewiesen zu haben, daß die Anklage der Manager auf Verletzung der Constitution und Gesetze durchaus hinfällig sei. Er wandte sich dann zu den verschiedenen Anklagen auf Verschwörung und erklärte, zu diesem Zwecke die Artikel 4 und 6, 5 und 7 zusammenfassen zu wollen.

Art. 4. und 6, welche den Präsidenten beschuldigten sich mit Gen. Thomas verschworen zu haben, um durch Gewalt und Einschüchterung Besitz von dem Kriegsdepartment, und Regierungseigenthum zu erlangen, seien auf das „Gesetz über Verschwörung" basirt, die schon nach seinem Wortlaut keine Anwendung auf Personen im DistriktColumbia (Waschington, Georgetown u. Alexandria) habe, da es nur von Staaten und Territorien der V. St. spreche. Aber auch aus andern Gründen sei die Anklage hinfällig. Die Ausstellung einer Vollmacht an einen Agenten sei weder im Privatrecht noch im öffentlichen Recht geeigneter Grund für eine Anklage auf Verschwörung. Wo ein höherer Offizier seinem Untergebenen eine Order ertheile, sei dies aber noch weniger der Fall. Ferner liege auch nicht der Schatten eines Beweises für die Behauptung vor, daß der Präsident Gen. Thomas anwies oder autorisirte Gewalt zu brauchen.

Art. 5. und 7 würden durch seine Argumentation gegen Art. 10 widerlegt werden.

Art. 9 sei nicht nur nicht erwiesen, sondern durch die Aussagen von Gen. Emory direkt widerlegt, der beschwor, daß er den Gegenstand einführte, um des Präsidenten Meinung zu erfahren. Der Präsident habe für einen ganz andern Zweck nach ihm geschickt.

Indem er sich dann zu Art. 10 wandte, erörterte Mr. Curtis die Frage: „Was für Verbrechen rechtfertigen überhaupt ein Impeachment?" Er wolle den Senat nicht langweilen, indem er ins Mittelalter zurückgreife, wie die Anklage es that, sondern sich lediglich an die Bestimmungen der Ver. Staaten Constitution halten.

Die Constitution gestatte Impeachment wegen Verrath, Bestechung und anderer ausgezeichneten Verbrechen; Amtsmißbräuche müßten ebenso schwere Verbrechen und — Verbrechen gegen die Ver. Staaten sein. Mr. Curtis citirte die verschiedenen Vorschriften über Impeachment-Prozesse, aus denen klar erwiesen sei, daß dies Tribunal für solche Zwecke eingesetzt wurde, daß es ein durch das Gesetz formirtes Gericht und nicht ein Gesetz für sich selbst ist. Wäre es dies, so würde die Passirung von "bills of attainder" nicht verboten und von den Senatoren würde nicht verlangt sein, daß sie vor ihrer Constituirung als Richter schwören müßten, die Constitution und die Gesetze zu beachten.

Der Senat hielt eine viertelstündige Pause.

Als der Senat sich wieder versammelt hatte, wurde General Lorenzo Thomas vereidigt, und derselbe sagte auf Befragen des Herrn Stanberry über seinen Rang in der Armee und seine vom März 1861 sich datirende Anstellung als General-Adjutant aus. Er sei nach Herrn Stantons Ernennung im Amte geblieben, sei von demselben in verschiedene Landestheile gesendet worden, um Truppen zu organisiren und zu inspiziren u. s. w. Er habe 80,000 farbige Truppen organisirt. Seinen letzten speziellen Dienst als General-Adjutant habe er gegen Ende 1867 geleistet. Wurde auf Befehl des Präsidenten am 13. Februar 1868 reaktivirt. Sprach den Präsidenten bald darauf.

Butler erhob Einwand gegen die Frage: Um was drehte sich das Gespräch?

Zeuge sagte, daß er am Morgen des 21sten Februar von dem Privatsekretär des Präsidenten eine Note empfangen habe, die ihn ersuchte, nach dem weißen Haus zu kommen. Er begab sich dorthin, und der Präsident händigte ihm einige Papiere ein, nämlich einen Brief an Stanton und seinen eigenen Bevollmächtigungsbrief. Hat die Documente niemals zuvor gesehen, hat sich an dem Concept derselben nicht betheiligt. Der Präsident sagte zu ihm: „Ich beabsichtigte die Constitution und die Gesetze aufrecht zu erhalten, und erwarte von Ihnen, daß Sie dasselbe thun." Zeuge begab sich mit General Williams nach dem Kriegsdepartement und verlangte Besitz. Herr Stanton fragte, ob man ihm Zeit geben wolle, seine Papiere zu entfernen. General Grant war gegenwärtig. Zeuge wies ihm sein Anstellungsdekret, das ihn zum interimistischen Sekretär ernannte. Zeuge begab sich dann in sein Zimmer in der unteren Etage. Am selbigen Tage erhielt er von Herrn Stanton einen Brief, in welchem ihm derselbe verbot, irgend welche Ordres als interimistischer Kriegssekretär zu erlassen. Zeuge las den Brief vor.

Herr Stanberry fragte, was wurde in einer Conversation gesprochen, die noch am selbigen Tage zwischen dem Zeugen und dem Präsidenten stattgefunden hat?

Butler erhob Einwand, und suchte in einer langen Erörterung darzuthun, daß Conversationen in Bezug auf eine Handlung nicht als Beweis eingebracht werden können, wenn sich dieselben nach Begehung derselben zugetragen haben.

Stanberry replicirte und behauptete, daß die Unterredung sonnenklar zulässig sei, da sie sich auf die Anklage der Conspiration bezieht. Er machte auf die Thatsache aufmerksam, daß die Sachwalter eine Menge von Zeugen-Aussagen über Gespräche eingebracht haben, die lange Zeit nach dem in Frage stehenden Datum gepflogen worden sind. Sie haben als Beweis eingebracht, was General Thomas gesagt hat als er noch nicht vereidigt war, und seine gegenwärtige Aussage sollte daher zulässig sein.

Butler bestritt das Vorbringen des Herrn Stanberry, und forderte ihn auf, legale Autoritäten anzuführen, um zu beweisen, daß das, was ein Verschwörer zum andern gesagt hat, nachdem ein Act verübt worden ist, zu seinen Gunsten als Beweis eingebracht werden kann, obgleich die Bekenntnisse eines Verbrechers jeder Zeit gegen ihn benutzt werden können. Er glaube überhaupt, daß die Bemerkungen über die Aufrechthaltung der Constitution und der Gesetze im Voraus arrangirt und für den Effect fabricirt worden sind.

Herr Evarts erinnerte den Senat daran, daß Hörsagereien über das was General Thomas gesagt, unter dem Versprechen eingebracht worden seien, daß der Präsident damit in Verbindung gebracht werde. Jetzt wollen die Consulenten des Präsidenten durch General Thomas selbst beweisen, welcher Art die Instruktionen und die Absichten des Präsidenten gewesen seien.

Auf Binghams Vorschlag wurde die beanstandete Frage niedergeschrieben und vorgelesen. Dann sprach er zur Unterstützung des erhobenen Einwands. Er stellte in Abrede, daß die Sachwalter einen auf Hörensagen gegründeten Beweis eingebracht haben. Die Declarationen von Mitverschworenen seien primärer Beweis. Er sagte, es heiße dieses ein Spiel mit der Gerechtigkeit treiben, wenn man versucht, die Aeusserungen eines angeschuldigten Verbrechers zu seinen Gunsten einbringen zu wollen.

Der Oberrichter legte hierauf die Frage über die Zulässigkeit der Aussage des Generals Thomas, bezüglich des Gesprächs mit dem Präsidenten vor, und es stimmten 42 mit Ja und 10 mit Nein, so daß die Aussage zugelassen wurde.

Zeuge berichtete dem Präsidenten, daß er die Mittheilung an Herrn Stanton überliefert habe und dann erzählte er, welche Antwort er erhalten habe. Der Präsident sagte hierauf zu dem Zeugen: „Schon gut, fahren Sie fort, ergreifen Sie Besitz und gehorchen Sie den Befehlen." Das war alles, was sich ereignete. Hat den Präsidenten an jenem Abend nicht mehr gesehen. Am nächsten Morgen sei Zeuge arretirt worden. Er begab sich mit dem Marschall nach dem weißen Haus, sagte dem Präsidenten, daß er in Gewahrsam sei, und weßwegen, und der Präsident erwiederte: „Sehr gut das ist gerade, wo ich die Sache haben wollte— im Gericht." Hierauf durfte Zeuge nach seinem Hotel gehen. Als er Bürgschaft leistete, fragte er den Richter Carter, ob er (Zeuge) mittlerweile von seiner Function suspendirt sei? Richter Carter verneinte dieses, und erklärte die Wirkung der Cautionsleistung eines Gefangenen. Hierauf erzählte Zeuge die Umstände und Gespräche, welche nachher sich ereigneten, nachdem er im Kriegsdepartment gewesen war. An demselben Morgen, nachdem die Congreßmitglieder, welche Zeugen der Unterredung mit Stanton gewesen, fort waren, sagte Thomas zu Stanton: „Am nächsten Morgen werden Sie mich arretiren lassen. Thun Sei es nach dem Frühstück. Ich habe heute noch nichts zu Essen und zu Trinken gehabt. (Gelächter.) Herr Stanton fuhr alsdann scherzhafter Weise mit der Hand durch das Haar des Zeugen und sagte: „Well—General, ich denke, wir haben ein wenig (Herzstärkung) hier. Darauf brachte General Shriver eine kleine Flasche hervor und Stanton theilte den Inhalt derselben aus. Es kam etwa ein Löffel voll auf den Mann und die Herren tranken miteinander. Nachher wurden einige volle Flaschen herbeigebracht und das sei all die „Gewalt" gewesen, die man an jenem Tag angewendet habe. (Schallendes Gelächter.)

Herr Stanberry fragte Zeugen, ob der Präsident ihm jemals gesagt hat, daß er Gewalt, Einschüchterungen und Drohungen anwenden soll, um sich in den Besitz des Kriegsdepartements zu setzen?

Es wurde Einwand erhoben. Butler und Evarts erörterten die Zulässigkeitsfrage. Der Senat gestattete ohne Stimmentheilung, daß die Frage gestellt werde, und General Thomas antwortete mit „Nein."

Als man ihn über sein Gespräch mit Burleigh befragte, sagte er, daß er denselben niemals eingeladen habe, auf seen Amtszimmer zu kommen. Er hat nicht zu ihm oder Wilkinson gesagt, daß er sich an General Grant wenden, oder die Thore einstoßen wolle. Er weiß durchaus gar nichts von Karsener. Er mag ihn vielleicht einmal vor 41 Jahren gesehen haben, als Zeuge krank zu Hause war. Karsener habe sich ihm selbst als ein alter Bekannter vorgestellt, und habe sich mit der Hand an ihn gehängt, während er zu verschiedenenmalen seine Bemerkung darüber wiederholte, daß Delaware seine Augen auf ihn (Thomas) gerichtet habe. Karsener habe ihn alsdaan gefragt, wenn er daran gehen will, jenen Kerl herauszuschmeißen und er Zeuge adoptirte Karseners Worte, und sagte, daß er es in einigen Tagen thun werde. Er habe nie daran gedacht, den Stanton herauszuschmeißen.

Im Kreuzverhör sagte Zeuge, er habe vom März 1863 bis zum 13 Februar 1868 keine officiellen Dienste als General-Adjutant mehr geleistet. Hr. Stanton habe dem Präsidenten die Empfehlung des Generals Grant gebracht, daß er den Zeugen quiescire. Es seien deshalb zwischen dem Zeugen und dem Hrn. Stanton keine unangenehmen Gefühle entstanden. Er hatte vor dem 18. Februar gar keine Ahnung davon, daß ihn der Präsident zum interimistischen Kriegssekretär zu ernennen beabsichtigte. Er habe irrthümlich das Gegentheil beschworen, als er vor dem Committee des Hauses vernommen wurde, habe aber späterhin seine Aussage corrigirt. Damals beschwor er, daß er eine Andeutung hierüber zwei Wochen vorher durch den Oberst Moore erhalten habe. Er habe dem Präsidenten zur Zeit als er seine Ernennung empfing, gesagt, daß er den Orders desselben gehorchen wolle. Er habe nicht erwartet, irgend eine besondere Ordre zu empfangen. Als er am 2. Februar die Note des Oberst Monroe empfing, wußte er nicht, was der Präsident von ihm haben will. Nachdem er aus dem Kriegsdepartement zurückkehrte, habe er dem Präsidenten nicht gesagt, daß Stanton das Kriegsdepartement nicht aufgeben will, oder daß solches die Meinung des Zeugen sei. Er habe ihm nicht Stantons Brief gezeigt. Hat nicht gedacht, daß es nothwendig sei. Was er zu Wilkinson in Bezug darauf gesagt hat, sich an General Grant wenden zu wollen, sei blos Prahlerei gewesen.

Was er zu Burleigh bezüglich des Einbrechens der Thore gesagt hat, so sei er zu damaliger Zeit geneigt gewesen, es zu thun, habe sich aber, noch ehe er arretirt wurde, über diesen Punkt anders besonnen. Der Arrest habe nicht diese Sinnesänderung hervorgebracht. Seine Absicht, Gewalt zu gebrauchen, sei gegen die Ordre des Präsidenten gewesen. Er habe niemals dem Präsidenten gesagt, wie er glaube, daß er von dem Kriegs-Departement, nicht ohne Anwendung von Gewalt, Besitz ergreifen könne. Dem Präsidenten habe er vorgeschlagen, daß der beste Weg, sich die Acten und Posteinläufe des Kriegs-Departements zu verschaffen, der Erlaß einer deßfallsigen Ordre durch General Grant sein würde. Der Präsident hat niemals etwas zu dem Zeugen über seine veröffentlichten Aeußerungen gesagt. Der Präsident habe den Vorschlag des Zeugen über die Art, sich in den Besitz der Acten zu setzen, nicht befolgt. Er habe vor dem Haus-Committee zugestanden, daß Karsner's Aussage richtig sei, aber dabei erläutert, daß er die ihm zugeschriebenen Worte blos scherzhafter Weise gebraucht habe. — Damit schloß das Kreuzverhör. Das Gericht vertagte sich Abends nach 5 Uhr.

Von Washington.

Washington, 10. April. Der Vertrag mit Norddeutschland. Der Präsident hat gestern den mit dem Norddeutschen Bund abgeschlossenen Vertrag in Bezug auf die Naturalisation der Ausländer in den Ver. Staaten, unterzeichnet.

Lieferungen für den Congreß.

Bei Gelegenheit des Berichtes über den Bedarf von Büchern, Zeitschriften rc. der Congreßmitglieder für das Jahr 1867, machte der alte Stevens die sarkastische Bemerkung, daß es Mitglieder gebe, welche sich auf öffentliche Kosten auf eine ganze Reihe von Jahren hinaus mit Unterkleidern versehen würden. Ein Blick auf den Bericht genügt, um sich davon zu überzeugen, daß die Bedürfnisse der Abgeordneten sehr umfassend sind. Jeder derselben erhält eine sehr liberale Summe für seinen Bedarf zugewiesen. Der Bericht des Clerks umfaßt nur die Extra-Ausgaben. Da finden sich 4 Millionen Brief-Couverts jährlich, welche $2,400 kosten, darunter 20,000 extra, feine, 4,000 ganz extra feine und eine große Anzahl für Visitenkarten. Weiter 726 Goldfedern für $2,637; 267,000 Stahlfedern und 8,000 Gänsefedern; für $1,000 Dinte; Messer im Werthe von $5,500; Scheeren $500; Taschentücher, Geldbeutel rc. für $2,000; Haarbürsten, Dosen, Seife, Tabak, Fächer, Pfropfenzieher, Handschuhe, selbst eine Anzahl Kochtöpfe. Man sieht, die Mitglieder des corrupten radikalen Congresses verstehen es, sich auf Jahre hinaus zu versorgen und das Volk auf jede mögliche Weise zu bestehlen.

Wie wird's enden.

Das Land seufzt und ächzt unter der ungeheuren Steuernlast. Handel und Wandel stocken, die Fabriken werden geschlossen, Tausende von ehrlichen Arbeitern hungern und frieren mit ihren Familien. Die Verzweiflung treibt Viele zum Selbstmorde und zum Verbrechen. Was thut der Congreß, um diesen Folgen seiner verkehrten Politik zu steuern? Was thut er, um die Finanzwirren lösen und die Leiden des Volkes zu lindern?

Nichts, gar nichts! Er ist taub für die Leiden des weißen Volkes; taub für alle Mahnungen und Proteste. Statt auf der gefährlichen Bahn umzukehren und sich ernstlich mit einer Reform des zerrütteten Finanzwesens zu beschäftigen, sehen wir, wie er mit neuen Anschlägen zur Vernichtung der letzten Reste der Volksfreiheit umgeht, um seiner Partei die Behauptung der Herrschaft zu sichern. Wir gehen einer Krisis entgegen, welche entweder mit dem Sturze der herrschenden Partei, oder mit der Zerstörung der Republik enden muß. Ein Blick auf das Treiben des Congresses muß jeden vorurtheilsfreien Mann überzeugen, daß dies keine eitlen Worte sind.

Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, April, 16, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General-Auditor:

Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:

Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Die Gesetzgebung vertagte sich am letzten Dienstag Mittag am 12 Uhr.—Das letzte Leichenbegängniß findet statt am zweiten Dienstag im Oktober. Gov Geary wird die Grabrede halten. Ruhe ihrer Asche!

Die City Bill. — Die City Bill von Harrisburg ist in beiden Zweigen der Gesetzgebung durchgegangen. Da das Gerücht geht, als ob Gov. Geary das Gesetz mit seinem Veto belegt habe, so entheben wir uns vorderhand irgend welches Commentars desselben.

Persönliches.—Während letzter Woche hatten wir das Vergnügen, unsere alten Freunde, Col. Georg Gerst von Allegheny, und Hrn. Jakob Keil von Scharpsburg hier zu begrüßen. Col. Gerst ist ein liebenswürdiger Mann, und ist es nur schade, daß er sich von der „schwarzen Wolle" noch nicht ganz weiß gewaschen hat. Doch, wir leben der Hoffnung, daß „Hopfen und Malz" bei ihm noch nicht ganz verloren sind. Die beiden Freunde sahen wohl und munter aus, was und recht freute.

Schuhnägel für die Radikalen.

Das infame Registrirungs-Gesetz, welches von beiden Häusern unserer radikalen Gesetzgebung passirt wurde, hat bereits die Unterschrift des Governörs erhalten, wie auch nicht anders zu erwarten war. Die näheren Bestimmungen des Gesetzes haben wir unsern Lesern schon in einer früheren Nummer der „Staatszeitung" mitgetheilt.

Das ganze Gesetz zielt blos darauf hin, um die ärmere Klasse der Stimmgeber so viel wie möglich bei den Wahlen zu chikaniren, und ihnen das Wahlrecht zu erschwierigen. Daß es aber auch auf die Einwanderer, besonders auf die Deutschen und Irländer gemünzt ist, beweisen die Reden, welche bei der Passirung des Gesetzes von den Radikalen (Landon von Bradford County, Fischer von Lankaster, und Hickman von Chester County) gehalten wurden. Fischer hieß die Deutschen „schiotterbäuchige Lagerbier Dötchmen" (swag-bellied lager beer Dutchmen), vergaß aber zu sagen, daß er selbst mehr Schnapps trinkt, denn irgend zwei andere Männer in ganz Lankaster County. Landon sagte, ein Neger sei weit besser als ein dummer, schmutziger eirischer Katholik.

Das Gebähren dieser nativistischen Radikalen hat selbst unsern republikanischen Nachbar vom „Vaterlandswächter" in Harnisch gebracht; denn in seiner letzten Nummer giebt er den Radikalen eine Portion Schuhnägel zu schlucken, die hoffentlich nicht ohne Wirkung unter den republikanischen Lesern jenes Blattes sein werden. Hören wir, was er zu sagen hat:

„Als am vorletzten Donnerstag die sogenannte Registrirungs-Bill im Hause unter Berathung war, äußerte sich John Hickman, republikanischer Repräsentant von Chester County, in sehr bitteren Ausdrücken über die Katholiken und sagte unter Anderem: „ein intelligenter Neger sei besser als ein unwissender Irischer Katholik!"

Hr. Brennan, Demokrat von Luzerne County, sprach sich entschieden gegen diesen Vergleich aus und rügte in scharfen Worten die Ausdrucksweise Hickman's.

Allgemeine Aufregung war die Folge dieses Wortstreites, in welchen sich nach und nach auch Andere gemischt hatten.

Hickman fuhr endlich in seiner Rede fort, blieb aber bei seiner früheren Behauptung, worüber verschiedene republikanische Mitglieder sehr in Harnisch geriethen. Hickman behielt jedoch das Wort und beschuldigte nun die republikanischen Mitglieder, daß sie den irischen Stimmgebern den Hof machen, statt die Neger zu vertheidigen.

Wie hier der Vorkämpfer des Negerstimmrechts—John Hickman—über die irischen Katholiken herfällt, so fiel vor einiger Zeit sein würdiger Gesinnungsgenosse Reinöhl von Lancaster County, der deutsche Abkömmling, zu Gunsten des Negers über die Deutschen her. Wer von diesen beiden Burschen ist wohl der verächtlichste? Der Letztere, der sich nicht schämt, seine deutschen Voreltern im Grabe zu beschimpfen, ließ das Machwerk seiner gemeinen Denkart in den hiesigen republikanischen Blättern publiciren, während Hickman seine beleidigenden Ausdrücke im „Philadelphia Evening Telegraph" feiger Weise wegzuleugnen sucht, obwohl seine sämmtlichen Collegen sie mit eigenen Ohren gehört haben."

So sagt der republikanische „Vaterlandswächtrr" von Harrisburg. Wenn es nun nach allem diesem immer noch Deutsche gibt, die für die Radikalen stimmen können, so sind es wahrscheinlich Solche, auf welche sich Landon, Fischer, Hickman und Reinöhl in ihren Reden bezogen,—Leute ohne Ehrgefühl, ohne Selbstachtung und ohne Charakter.

Brand eines Dampfers.

Chicago, 9. März. Der Dampfer Sea Bird der Goodrichs Linie wurde heute Morgen brennend in der Höhe von Wallkegan gesehen. Bis jetzt hat man sich vom Ufer aus dem brennenden Wrack nicht nahen können und glaubt, daß Alle an Bord umkamen. Das Schiff war auf $60,000 taxirt, nicht versichert.

Den Bock zum Gärtner gemacht.

Die radikalen Mitglieder der Gesetzgebung von Pennsylvanien haben vor einigen Tagen einen Brief an Simon Cameron geschrieben, worin sie ihn ersuchen, im Fall Präsident Johnson abgesetzt, und Ben. Wade als dessen Nachfolger eingesetzt werden sollte, den neuen Präsidenten zu bewegen, Hrn. Stanton von seinem Posten als Kriegsminister zu entfernen, und denselben als Finanzminister anzustellen! Ist das nicht den Bock zum Gärtner gemacht? Die Radikalen zählen schon die Hühner ehe noch die Eier gelegt sind. Johnson wollte schon lange den Stanton absetzen, deßhalb soll er impeached werden; und jetzt? — verlangen die Radikalen selbst die Absetzung Stantons!

Die Niederlage der Radikalen.

Während der letzten Woche haben die Radikalen in allen Theilen des Landes derbe Schlappen bekommen. Ueberall scheint das Volk zu erwachen. Der Untergang der Radikalen Partei ist gesichert. Wir blicken mit frohem Muthe dem Triumphe der Demokratie, — dem Wiederaufbau der mit Füßen getretenen Republik entgegen. Um unsere Leser den überraschenden Umschwung in der öffentlichen Meinung und die Niederlage des Radikalismus leichter überblicken zu lassen und zu zeigen, „woher der Wind weht," geben wir in kurzen Worten nachfolgende Wahlberichte, wie sie von der N. Y. Staatszeitung zusammengesetzt sind.

Connecticut.—Der demokratische Gouverneurs-Candidat James E. English ist mit 1781 Stimmen wiedererwählt; nahezu eine Verdoppelung der demokratischen Mehrheit von 1867. Die Radikalen verlieren im Senat und im Hause der Repräsentanten.

Michigan.—Der Versuch der Radikalen, dem Volke dieses Staates mit der entworfenen neuen Constitution das Negerstimmrecht aufzuzwingen, ist mit der enormen Mehrheit von 30,000 Stimmen gegen den Constitutionsentwurf zurückgewiesen worden. Die radikale Majorität betrug in der vorausgegangenen Staatswahl 29,000 Stimmen. Wo war Grant? Ingleichen haben die Temperenzfanatiker eine entschiedene Niederlage erlitten. In der Stadt Detroit wurden 1474 Stimmen für und 6567 Stimmen gegen Prohibition abgegeben. Mehrheit gegen Prohibition 5233, Mehrheit gegen Negerstimmrecht 3439. Der Neger ist in Detroit sonach noch besser gefahren, wie der Temperenzler.

Indianopolis, Indiana. — In der Municipalwahl ist die frühere radikale Mehrheit von 5000 Stimmen auf 800 reducirt worden.

Keokuk, Iowa. — Im vergangenen Jahre noch stark republikanisch, hat nunmehr diese Stadt das demokratische Ticket gewählt.

Winono, Minnesota.—Das demokratische Ticket mit 400 Mehrheit erwählt; die Mehrheit in 1867 betrug nur 163.

Lawrence, Kansas.—Die Demokraten gaben ein überraschend starkes Votum. Seit dem Bestehen dieser Stadt das zweite Mal, daß ein demokratisches Ticket aufgestellt worden.

Atchison, Kansas.—Die Demokraten erwählten ihren Mayors Candidaten mit 21 Stimmen Mehrheit.

Toledo, Ohio. — Die Republikaner siegten mit nur 273 Mehrheit; ein Stimmenverlust von 116 seit letztem Oktober.

Sandusky, Ohio.—Das ganze demokratische Ticket mit 200 Mehrheit erwählt.

Evansville, Indiana.—Diese seit einer Reihe von Jahren republikanische Stadt hat einen demokratischen Mayor und den größten Theil des Stadtraths gewählt.

Leavenworth, Kansas.—Mit großem Stimmengewinn erwählten die Demokraten den Mayor dieser Stadt. Seit sechs Jahren die erste demokratische Stadtverwaltung.

Milwaukie, Wisconsin.—Die Demokraten erwählten ihr Ticket mit 2200 bis 2500 Majorität. Aus 27 Stadtraths Mitgliedern erwählten die Republikaner nur eines. Demokratischer Stimmengewinn gegen 2000.

Cincinnati, Ohio.—In dieser, letzten Oktober noch mit 2138 Stimmenmehrheit republikanisch gegangenen Stadt wurde bis auf zwei Ausnahmen das ganze demokratische Ticket erwählt, und zwar mit circa 200 Stimmen Mehrheit.

St, Louis, Missouri. — Das ganze demokratische Ticket in diesem Bollwerk des Radikalismus erwählt; acht der zehn erwählten Stadträthe sind Demokraten.

Carondolet, Missouri.—Das ganze demokratische Ticket erwählt.

Kansas City, Missouri.—Der demokratische Mayor mit 200 Mehrheit erwählt und desgleichen fast alle übrigen demokratischen Candidaten.

Ellsworth, Maine.—Seit den letzten 15 Jahren ist diese Stadt gegen die Demokraten gegangen, so daß dieselben für eine Reihe von Jahren gar kein Ticket mehr ins Feld gestellt hatten. Letztes Jahr gewannen die Demokraten etwas an ihrer Stimme, so daß sie sich dieses Jahr ermuthigt fühlten, mit einem vollen Ticket, aufzutreten. Die Demokraten haben dieses Ticket mit von 87 bis 320 Stimmen Mehrheit erwählt—ein Stimmengewinn seit letztem September von 256 und seit September 1866 von 342 Stimmen. Dieses Stroh zeigt die Richtung der Strömung selbst im tiefen Yankeelande an.

Kingston, New-York. — Das demokratische Ticket wurde mit 120 Stimmen Mehrheit erwählt. Es ist dies das erste Mal, daß diese Stadt eine demokratische Mehrheit in der Charterwahl gegeben.

Rome, New-York.—Das ganze demokratische Ticket mit mehr als 500 Majorität erwählt.

Shenectady, New-York.—Die Lokalwahl ist zu Gunsten der Demokraten ausgefallen. Der demokratische Candidat für Polizeirichter wurde mit 70 Mehrheit erwählt.

La Crosse, Wisconsin. — Der demokratische Mayorscandidat ist mit 100 Majorität erwählt.

Ithaca, New-York.—Die Demokraten gewinnen zwei Supervisors.

Long Island, New-York.—In New Hempstead, Flushing und Brookhaven haben die Demokraten entschieden gesiegt.

Ohio.—Mansfield, Urbana, Coshocton, Newark und eine ganze Reihe anderer Towns wurden in den am Montag stattgehabten Wahlen von den Demokraten gewonnen.

Die Radikalen haben in diesen zum Theil sehr hartnäckig bestrittenen Wahlen nicht nur durchweg eingebüßt, sondern haben in verschiedenen ihrer stärksten Bollwerke, wider alles Erwarten, entschiedene Niederlagen erlitten. Es war dies die Einleitung zu jenem großen Impeachment, welches im Laufe dies Jahres gegen die herrschende Partei vom Volke verhängt werden wird.

Verhandlungen der Legislatur.

Harrisburg, 7. April.

Senat.

Die Senatsbis betreffs Errichtung eines Correctionshauses in Philadelphia wurde zurückgelegt.

Es wurde dann die Hausbill betreffs Anstellung eines Inspektors von Leuchtgas aufgenommen.

McCandleß beantragte ein Amendment, welches den Consumenten gestattet, übertriebene Rechnungen vor Gericht zu bestreiten, und sowohl die Zahl der Inspektoren als ihre Sporteln vermindert.

Ridgway erklärte den Antrag für eine Parteimaßregel, die von einigen verrückten Demokraten in den Philadelphier Councils ausgeheckt sei, weil sie den gegenwärtigen Trustees, die alle „Rep." wären, mißtrauten.

McCandleß behauptete, daß die Gas-Trustees das Volk seit Jahren beraubt hätten, daß Parteiansichten gar Nichts mit der Frage zu schaffen hätte, und daß den Consumenten nach den bestehenden Gesetzen kein Mittel gegen übertriebene Rechnungen zustehe.

Das Amendment wurde mit 18 gegen 13 Stimmen, einem strikten Partei-Votum, verworfen.

Mit 18 gegen 14 Stimmen wurde dann beschlossen, das Salair der Inspektoren auf $2500 zu nomiren.

Auf Antrag von Connell wurde beschlossen, daß die Inspektoren Certifikate des Gas-Trust vorweisen müssen, ehe sie in Privathäuser treten.

McCandleß beantragte eine Zusatz-Sektion, welche Consumenten erlaubt, zu hohe Rechnungen zu bestreiten, wenn sie vor einem Alderman Sicherheit geben. Connell und Ridgway opponirten und das Amendment wurde verworfen.

Die Bill passirte dann zur dritten Lesung und wurde zurückgelegt.

Die Hausbill, welche bestimmt, daß drei Commissioners ernannt werden sollen, um zu ermitteln welchen Schaden die Bürger von Adams, Franklin, Bedford, Fulton, Perry, York und Cumberland Counties durch die Rebellen erlitten, wurde lange debattirt und mit dem Verständniß angenommen, daß der Staat nicht verpflichtet sei den Schaden zu ersetzen.

Die Bill, betreffend die Erweiterung des Fairmount Parks, wurde von dem betreffenden Committee ohne Amendments einberichtet.

Die Bill, betreffend die Verlängerung des Amtstermin des „Receiver of Taxes" von Philadelphia von zwei auf drei Jahre zu verlängern, wurde aufgerufen. Ein Amendment auch die Amtsdauer des Schatzmeisters auf drei Jahre zu verlängern, wurde angenommen.

Haus.

Reinöhl vom Gen. Justiz Comm. berichtete zu Gunsten der Uebertragung des Nationalkirchhofs in Gettysburg an die Bundesregierung.

Senat.—8. April.

Die Bill, welche den Amtstermin des Tax-Receivers und Stadtschatzmeisters von Philadelphia verlängert, wurde mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Hausbill wegen Ernennung von Petroleum- und Gas-Inspektoren in Philadelphia und Pittsburg wurde definitiv passirt und an das Haus zurügeschickt.

Passirt wurde ein Gesetz, welches bestimmt daß in Zukunft alle Stadt-, Ward-, Borough- und Townshipbeamten um dieselbe Zeit gewählt werden sollen, welche für die Wahl von Staats- und County-Beamten bestimmt ist, und soll das zuerst am zweiten Dienstag in 1869 geschehen; die Amtstermine aller dieser Beamten sollen um dieselbe Zeit beginnen und enden, als wenn sie zu der früher bestimmt gewesenen Zeit erwählt wären.

Die Senatsbill, welche 8 Stunden für einen gesetzlichen Arbeitstag erklärt, wurde zuerst durch viva voce Abstimmung verworfen. Auf Antrag von Mr. Smith beschloß dann aber das Haus mit 46 gegen 30 Stimmen diesen Beschluß noch einmal zu erwägen und Mr. Smith hielt eine längere Rede zu Gunsten der Bill.

Messrs. Ewing, Boyd, Mann und Chalfant waren gegen die Bill. Während der Discussion schlug die Stunde der Vertagung.

Die Senat Amendments zu der Bill über Ernennung von Gas-Inspektoren in Philadelphia und Allegheny wurde verworfen.

Haus.

Definitiv passirt wurde die Senatsakte über Errichtung eines Tilgungsfonds zur Abtragung der öffentlichen Schuld.

Die Legislatur nahm eine gemeinsame Resolution an, welche den V. St. Präsidenten ersucht den Guanohandel amerikanischer Bürgern zu schützen und von der St. Domingo Regierung die Rückgabe der Guanoinsel Alta Vela zu erwirken.

Senat.—9. April.

Ein Beschluß wurde offerirt, welcher den Governör autorisirt Ermittelungen anzustellen, ob Ephrata Springs in Lankaster County ein geeigneter Platz für Anlegung eines Invalidenhauses sei. Die weitere Erwägung der Bill wurde aufgeschoben.

Der Senat weigerte sich dem Amendment des Hauses zum 8 Stunden Gesetz beizustimmen, daß für 8 Stunden derselbe Lohn bezahlt werden soll, wie für 10.

Haus.

Das 8 Stunden Gesetz passirte mit dem Amendment, daß für 8 Stunden Arbeit derselbe Lohn gezahlt werden soll, wie bisher für 10 Stunden.

Die Bill passirte, welche invaliden Soldaten ohne Staats-License zu hausiren erlaubt.

Senat.—10. April.

Ein Committe von Dreien wurde ernannt, um über den Ankauf von Ehbrata Mountain Springs für ein Soldaten-Asylum zu berathen.

Passirt wurde die Hausbill über Lebensversicherungspolicen. Die Bill eximirt solche Policen von Ansprüchen der Gläubiger an den Versicherer.

Die Bill, welche von fremden Telegraphen-Gesellschaften in Pennsylvanien gemachte Grundeigenthumskäufe legalisirt, wurde passirt. Auf Antrag von Connell ward die Abstimmung nochmals in Erwägung genommen und die Bill wurde dann zurückgelegt.

Passirt wurde die Bill, welche den Richter ermächtigt, die Gebühren für Zeugen in Habeas Corpus Fällen zu normiren.

Haus.

Definitiv passirt wurde ein Gesetz über Lotterien und Glücksspiele in der Stadt Philadelphia. Danach sind alle Lotterien, Gaben-Conzerte u. Chancen-Unternehmungen, einerlei ob auf dem Auktionswege oder anderswie, sowie die Ausgabe von Tickets, Zetteln, Aktien oder andern Dokumenten für dieselben verboten. Der Käufer solcher Tickets rc. darf den doppelten Betrag zurückverlangen; Diejenigen aber, welche solche ausgeben oder das Unternehmen fortführen, sollen mit einer Strafe von $500 und 1 Jahr Gefängniß belegt werden. Die Pflicht des Mayors und der Polizei soll es sein, solche Unternehmungen zu verhindern, und die Polizei hat das Recht, mit oder ohne Warrant, in die betreffenden Lokalitäten einzudringen. Vernachlässigt ein Beamter diese Pflicht, so soll er abgesetzt, mit einer Strafe von $500 belegt und ins Gefängniß geschickt werden.

Für die „Pa. Staatszeitung".

Die Heiligkeit des Bürger-Eides in in der Republik.

Wenn der Bürger der Constitution die Treue schwört!

Wie in der Monarchie, des Regenten fürstliche Person
Vor dem Volke heilig und unverletzlich steht,
So ist es in der Republik die Constitution,
Denn sie garantiret den erblichen Thron,
Des Volkes selbstregierender Majestät;
Ein jeder Bürger hat ihr die Treue zu schwören,
Verspricht: "ihrerGesetzeWortlaut zu ehren",
Und wer je sie verletzet durch Wort oder That,
Der begehet Meineid und Hochverrath;
So jede Gewalt, die dem Beamten gegeben,
Ertheilt ihm ihres GesetzesWortlaut nur eben;
Das aber garantiret des Volkes Souveränität,
Daß jeder Beamte selbst unter ihrem Gesetze steht,
Den sowie er von der Constitution abweiget,
Da hat er sich seines Amtes unwürdig gezeiget;
Und nur dadurch ist die Freiheit des Bürgers gebrochen:
„Daß er keiner Person — sondern nur der Constitution muß gehorchen!"

Wo immer wir die Republik mit der Monarchie vergleichen, so finden wir auch, daß die Auszeichnung des Volkes der Republik in der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit auch um so größere Volks-Tugenden erfordert, als das Volk einer Monarchie.

Der Bürger der Republik schwört bei seinem Bürger-Eide der Constitution die Treue, und verspricht den Wortlaut ihrer Gesetze treu zu erfüllen; keiner Persönlichkeit schwöret er außerdem Treue oder Gehorsam, weder einem Civil- noch einem Militär-Beamten, denn in der Stellung zur Constitution stehen sich alle Bürger gleich, alle stehen sie unter dem Gehorsam der Gesetze der Constitution, selbst jeder Civil- wie jeder Militär-Beamte, so gut wie ein jeder andere Bürger im Privatleben, und der Beamte von jeder Stellung bis zur höchsten, ist verpflichtet, die Constitution auszuführen so weit sein Wirkungskreis reicht und hat keine Befugniß — somit auch keinen Gehorsam zu erwarten — etwas anzuordnen, wozu ihm die Constitution kein Recht giebt. Daß aber ein jeder Beamte, treu nach der Constitution handelt, dafür haftet der Bürgereid. Daß er der Constitution die Treue geschworen hat, dient dem Volk als Garantie bei einem jeden Beamten bis zum höchsten, daß er sein Amt treu nach den constitutionellen Gesetzen verwaltet; eine andere Garantie fordert ein republikanisches Volk von seinen Beamten nicht,

In einer Monarchie legen die Bürger auch ihren Bürger-Eid, aber dieser Eid gilt hauptsächlich der Treue ihren Fürsten, wie wohl sie gleichzeitig versprechen, die Gesetze des Landes zu erfüllen.

Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß dieser Bürgereid den Fürsten gewöhnlich nicht hinreichende Garantie bietet, für die Treue zur Krone und den Gesetzen, besonders bei hohen Aemtern; so daß der Fürst noch andere Garantien verlangt und besonders die der hohen Titel und und reichen Güter, und darum ist für die höchsten Aemter der Adel bevorzugt; wo aber ein armer Bürger ohne Titel sich für hohe Aemter durch seine Wissenschaft unentbehrlich macht, da beschenkt ihn sein Monarch mit hohen Titeln und Gütern, damit er ihn zur Treue verpflichtet, weil er nur in jenen Titeln und Gütern die sichere Garantien der Treue sieht.

Das Volk der Republik aber giebt seine hohen Aemter oft den Aermsten ohne ihn durch höhere Titel und reichere Güter zu verpflichten, als er mit dem Amte selbst erhält, und der ärmste Bürger soll sein Amt ohne besondere Auszeichnung und lockende Vergütung dennoch Treu verwalten.

Diese Amtestreue, Genügsamkeit, Bescheidenheit und Unbestechlichkeit, sind Bürgertugenden, ohne die sich ein Volk nicht im Glück und Frieden selbst regieren kann.

Wie steht es aber mit unseren Beamten? Diesen ist meistens ihr Amtes, Titel- und Gehalt das wenigste, sie streben nach höheren Titeln und größeren Schätzen, und weil ihnen solche das republikanische Volk nicht bietet, so nehmen sie sich an Gütern so viel als sie ungerechter Weise an sich reißen können; denn diese ungerechten Güter sollen ihnen die Macht verschaffen, die Constitution zu vernichten und die republikanischen Institutionen zu stürzen, um sich den auch nach Belieben hohe Titel beilegen zu können.

Man betrachte nur das hochverrätherische Treiben der radikalen Congreß-Majorität, und der radikalen Gouverneure; streben diese radikalen Congreßleute, unterm Umsturz der Constitution nicht nach der Lordschaft, die lebenslänglich zu den Sitzen im Congreß berechtigen soll? Erbieten sich nicht die radikalen Gouverneure, wie Könige, Armeen nach Washington zu schicken, um den Präsidenten der Republik beseitigen zu helfen?

So ist bei denen, die dem Volke mit gutem Beispiele sollten voran gehen, nur Verrath und Verbrechen an der Tagesordnung, anstatt der Uebung von Bürgertugenden; wie muß da die Würde des Volkes sinken und die Republik ihrem Untergang entgegen gehen!? —

Der Congreß ist verpflichtet weise Gesetze zu erlassen, die mit der Constitution im Einklange stehen und die allgemeine Wohlfahrt des Volkes befördern. Jedes Gesetz aber, das mit der Constitution im Widerspruch steht und die Rechte von Bürgern und Staaten verletzt, ist eine Abänderung der Constitution, kann nur auf dem Wege der Amendirung, durch Zustimmung von ¾ der Staaten Gesetzkraft erlangen. So ist es mit allen den Gesetzen, die der Congreß über das Veto des Präsidenten passirte; sie sind nichts als Akte des Meineides und Hochverrathes von Seiten der Congreß-Majrität, und sie will den Präsidenten zwingen, solche Frevel an der Constitution und an der Republik als Gesetze anzuerkennen? Der Präsident soll verurtheilt und seines Amtes entsetzt werden, weil er nicht Meineidig an der beschworenen Constitution werden will! Nein, das Mandat, das den Bürger zum Sitz im Congreß berechtigt, ist ein heiliges, und nicht gleich einem Privilegium zum Meineid und Hochverrath oder zur Willkür, Gewalt und zur Errichtung der Säbelherrschaft auf diesem republikanischen Boden!

Das werden Millionen von Bürgern wie aus einem Munde rufen!

F. H.

Wilmington, Del., April 4, 1868.

* In Martin County, Ind. ist ein junger Bauer von dem Bruder seiner verlassenen und verführten Geliebten erschossen worden. Da die Behandlung, die der Getödtete der Letzteren widerfahren ließ, eine über alle Begriffe herzlose war, so wird dem Rächer ihrer Ehre schwerlich ein Haar gekrümmt werden.

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, April, 16, 1868.

Thad. Stevens wieder im Truwel. — Ueber der Familie des alten Thad. Stevens scheint ein Unglücksstern zu walten. Erst letzte Woche berichteten wir, daß die "colorirte Lady" des Groß-Moguls von einem Langfinger beraubt wurde, ohne den diebischen Schurken zu erwischen.

Diese Woche ist jedoch der „Sattel auf dem andern Gaul", indem ein Sohn der obenerwähnten Lady des alten Thady selbst am Stehlen ertappt wurde! Isaak Smith, so heißt der Sohn von Stevens Haushälterin, hatte sich letzten Dienstag heimlicher Weise in das Haus unseres geschätzten Freundes Hrn. Jakob Effinger, Ecke der Süd-Queen und Vine Straße, geschlichen. Er hatte sich in den zweiten Stock des Hauses in einer Stube eingeschlichen um dort für werthvolle Sachen zu suchen. Die Familie des Hrn. Effinger, nachdem sie bemerkt hatte, daß Jemand im Hause sei, machte schleunigst Lärm; Smith, um nicht gefangen genommen zu werden, sprang durch das Fenster des zweiten Stockes, wurde aber von Polizist Mattern eingefangen, ehe er seinen Zweck erreichen konnte. Er wurde vor den Mayor gebracht, und da er nicht die verlangte Bürgschaft ($200) stellen konnte, sandte ihn seiner Ehren nach dem County-Kosthaus, wo er bis zu seinem Verhör bleiben muß, es sei denn, sein Pflegepapa Stevens stellt die verlangte Bürgschaft. Wie wir vernehmen, sollen mehrere sehr werthvolle Sachen gestohlen worden sein. Wir wundern uns nicht, daß dieser Neger zum Stehlen greift. Das liegt so in der Natur der schwarzen und weißen Radikalen, Andere zu berauben, und irgend welche Verbindung mit ihnen ist schon an sich demoralisirend und ansteckend. Stevens wird natürlicherweise seinen schwarzen „Sambo" frei zu bringen suchen, damit er „die Alte" zufrieden stellt.

Mrs. Stevens war früher in Harrisburg wohnhaft, und war die Gattin eines schwarzen Barbierers, Namens Smith, der jetzt noch lebt, und so viel wir wissen, nicht von seiner Frau geschieden ist. Da aber Thad. Stevens bessere Ansprüche auf dieselbe zu haben glaubte, so machte er ihr den Vorschlag, ihren Ehemann zu verlassen und „Kost und Bett" mit ihm (Stevens) zu theilen! Richtig, das zog, und Mrs. Smith ist zur Mrs. Stevens geworden! Wie das zuging, vermögen wir nicht zu sagen; aber eine Schande ist es für irgend eine Partei, einen solchen Mann wie Thad. Stevens als Muster der Moralität aufzustellen.

Vor einigen Monaten hatten wir die „große Ehre", Mrs. Smith, alias Mrs. Stevens, in Lankaster zu sehen. Mrs. Stevens ist eine Mulattin von einnehmbarem Aeußeren, mittlerer Größe, und 40 bis 50 Jahren alt. Sie soll ein ausgezeichnetes „Mundstück" haben, und wehe dem, der sich in einen Wortstreit mit ihr einläßt.

Es spukt schon wieder. — Inspektor A. C. Leonard, nahm vorigen Samstag 18 Bärrel Whiskey, welche er in der Scheune von John Hollinger, nahe Maytown, versteckt fand, mit Beschlag, wohin sie einige Nächte zuvor gebracht wurden. Der Inspektor fand ebenfalls 5 Bärrels Whiskey in der Scheune von John Haldemann, nahe Bainbridge, und 5 Bärrels im Keller, unter J. Buchers Stohr in Columbia, versteckt. Die meisten der Bärrel trugen Stempel, aber diese waren verfälscht, da kein Tax für den Whiskey bezahlt wurde.

Dieser Leonard scheint eine sehr dünne Nase zu haben, sonst würde er sicherlich nicht so viel „Schnapps" ausschnüffeln können. Wir wundern nur, wie diese Schnüfflerei unsern Lancaster County Radikalen gefällt, da doch der Schnapps fast durchgängig bei ihnen selbst aufgefunden wird! Vor einigen Tagen hörten wir, daß einer dieser Schnüffler auch bei einem unserer Abonnenten Whisky "gerochen" zu haben vorgab; als er jedoch den Ort näher „umschnüffelt" hatte, fand sich's, daß unser guter Demokrat blos Essig im Keller hatte! Natürlich mußte der Herr Spion mit trockener Nase abziehen. Das Spionen-System ist im radikalen Lancaster County im höchstens floribus.

Wie ein Farmer beschwindelt wurde. — Letzten Samstag wurde ein Farmer auf folgende Weise auf dem Markte in Lancaster beschwindelt. Eine Frau mit einem Eimer an der Hand kam zu dem Farmer, und kaufte drei Pfund Butter. Als Bezahlung offerirte sie eine Fünf Dollar-Note, die aber der Farmer nicht „wechseln" konnte. Die Frau machte dann den Vorschlag, sie wolle die Note „wechseln" lassen, und ihren Eimer bei ihm stehen lassen, bis sie wieder komme; der Farmer war damit einverstanden. Die Frau ging, ist aber bis jetzt noch nicht zurückgekommen. Als der Farmer den Eimer untersuchte, fand er, daß derselbe keinen Boden hatte! Die Butter hatte die Frau in ihrem Korb mitgenommen! Aufgepaßt ihr Farmer, denn bei den jetzigen hohen Butterpreisen ist es ärgerlich, solchen Verlust zu erleiden. Der Farmer liest wahrscheinlich keine Zeitung.

Ein schwerer Grunzer. — Hr. Peter Saylor von Columbia schlachtete am letzten Donnerstag ein Schwein, welches über neun hundert Pfund wog! Wir sahen das Schwein selbst und müssen gestehen, das uns noch nie etwas ähuliches zu Gesicht kam. Es war in der That ein Grunzer, vor dem man allen Respekt haben muß.

Feuer in Mount Joy. — In der Nacht vom letzten Mittwoch brannte das Hotel des Hrn. Scherbahn im oberen Ende des Städtchens Mount Joy nieder. Der Hausrath wurde gänzlich zerstört. Der Verlust des Hrn. Scherbahn ist etwa $6,000. Wir haben noch nicht erfahren, wie das Freuer entstanden ist. Es war schon seit vielen Jahren als Wirthshaus unter dem Namen „Cross Key Hotel" bekannt.

Post-Office verlegt. — Die Post-Office in Columbia ist nach dem neuen Gebäude des Hrn. John Fendrich verlegt worden. Dieselbe ist hübsch eingerichtet, und für das Publikum viel bequemer als früher.

Neue Brauerei. — Die neue Brauerei der Herren Sprenger & Co. in Columbia ist beinahe fertig. Das Gebäude ist in einem großartigen Style gebaut, und zweifeln wir nicht, daß die oben erwähnten Herren auch ein kerniges und gewürztes Bier brauen werden.

Traurig. — Letzten Mittwoch Abend, während das Söhnchen des Hrn. P. Bardon, im Alter von drei Jahren, nahe Marietta an der Eisenbahn spielte, wurde ihm von dem nach Westen gehenden Zug der Kopf fast gänzlich vom Rumpfe getrennt.

An Aerzte. — Mr. Speer erlaubt sich hiermit, so frei zu sein, die Aerzte zu bitten seinen Wein zu untersuchen. Der Wein ist der reine Saft der Porto Traube, von ihm gezogen eigens für ärztlichen Gebrauch, und wird jetzt häufig verschrieben in den großen Städten von Doktoren, welche ihn besonders geeignet finden in deren Praxis.

Warnung. — In unserem stets wechselnden Klima sind Husten, Erkältung und Krankheiten des Halses und der Brust sehr häufig; die grausame Auszehrung fordert ihre Opfer. Diese Krankheiten können, wenn bei Zeiten beachtet, aufgehalten und geheilt werden. Das Heilmittel ist Dr. Wistar's Balsam von Wild-Kirschen.